

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 160 (1994)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Westliches Zaudern  
**Autor:** Kux, Stephan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-63179>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 442 1991

# Westliches Zaudern

Stephan Kux

Nach dem Debakel der internationalen Friedensbemühungen auf dem Balkan zeigen sich die westlichen Staaten auch unfähig, das Sicherheitsdilemma in Osteuropa anzugehen. Das vom ehemaligen Verteidigungsminister *Les Aspin* im Oktober 1993 in Travemünde vorgetragene und im Januar 1994 auf dem Brüsseler NATO-Gipfel verabschiedete Konzept «partnership for peace» ist eine Nulllösung – attraktiv für die Neutralen wie die Schweiz, bedeutungslos für die durch die Entwicklungen in Ex-Jugoslawien und Russland verunsicherten osteuropäischen Regierungen. Mit einem werbewirksamen Slogan offeriert Brüssel Budapest, Prag, Warschau und anderen eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit, welche ihnen sowieso schon zugesagt wurde, nicht aber die angestrebte Mitgliedschaft und Sicherheitsgarantien. Der Westen lässt die Reformstaaten draussen in der einbrechenden sibirischen Kälte. Schlimmer noch, der angebotene Bilateralismus verschärft die Konkurrenz unter den osteuropäischen Nachbarn und erschwert eine regionale Sicherheitszusammenarbeit. In Anbetracht der nationalen Rivalitäten, der Minderheitenkonflikte und der umstrittenen Grenzen wären vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen im mulilateralen Rahmen aber dringend erforderlich.



PD Dr. Stephan Kux  
ist Hauptmann im Armeestab  
und Lehrbeauftragter für  
Internationale Beziehungen  
an der Universität Zürich

*Es ist noch ungewiss, ob Rumpfrussland sich zu einem modernen, europäisch orientierten Nationalstaat entwickelt oder zum Rüpel auf dem eurasischen Kontinent verkommt.*

Unsicherheitsfaktor Nummer 1 bleibt Russland. Das territorial stark reduzierte und in seinem Stolz gekränkte Land befindet sich in einer nationalen Identitätskrise. Es ist noch ungewiss, ob Rumpfrussland sich zu einem modernen, europäisch orientierten Nationalstaat entwickelt oder zum Rüpel auf dem eurasischen Kontinent verkommt. Nicht nur der Wirrkopf *Wladimir Schirinowski*, sondern auch Mitglieder der russischen Regierung schlagen zunehmend nationalistisch-revanchistische Töne an. Die Moskauer Führung nimmt sich das Recht, jeden in den benachbarten Staaten lebenden «russischen oder russisch sprechenden Bürger» zu schützen und dazu auch militärisch einzugreifen. Zur Rechtfertigung wird etwa auf die Intervention der USA in Grenada zum Schutze amerikanischer Bürger verwiesen. Und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gibt es viele Grenadas.

In einer Neuauflage der *Breschnew-Doktrin* stellen russische Politiker und Militärs die Unabhängigkeit der baltischen Staaten offen in Frage, erheben Anspruch auf «russisch» bewohnte Gebiete in der Ostukraine und in Nordkasachstan und führen in Aserbaidschan, Georgien und Moldawien einen Krieg zur Verteidigung «vitaler Interessen». Erinnerungen an

*Es fällt dem Westen schwer, gegenüber der russischen Führung bestimmt aufzutreten und klarzustellen, was akzeptables und was unakzeptables Verhalten ist.*

die deutsche Besetzung des Rheinlandes oder die sowjetische Intervention in Ungarn und der CSSR werden wach. Zu Recht, denn die Verheissung ist gross. Zur Einnahme Estlands etwa braucht es gerade zwei Divisionen – oder die Drohung damit. Oder es genügt, die Öl- und Elektrizitätsversorgung für ein paar Tage einzustellen.

Es fällt dem Westen schwer, gegenüber der russischen Führung bestimmt aufzutreten und klarzustellen, was akzeptables und was unakzeptables Verhalten ist. «Moskau zuerst» lautet die Devise. Man dürfe die Nationalisten nicht vor den Kopf stossen. Dafür werden Abstriche und Konzessionen gemacht. So wird Russland von Weltbank und anderen Gläubigern gegenüber Polen oder der Ukraine bevorzugt behandelt und weniger restriktive Kreditkonditionen eingeräumt. Und Moskau hat längst einen Freibrief als Sheriff zwischen Baltischer See und Schwarzem Meer, zwischen Atlas und Karpaten erhalten. Krasse Verstösse gegen die Souveränität der benachbarten Staaten oder die Spielregeln der internationalen Beziehungen werden dabei schon einmal hingenommen. München, Genf und Sarajewo lassen grüssen!

Längerfristig wäre es sinnvoller, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau zwar zu vertiefen, im aussen- und sicherheitspolitischen Bereich aber weiterhin auf Prinzipien zu beharren, wie sie in der KSZE-Akte, der UNO-Charta oder anderen völkerrechtlichen Verträgen festgehalten sind. Ex-Jugoslawien hat gezeigt: vorbeugen ist besser als heilen. Die Mischung aus Dissuasion und Kooperation hat sich in der Ostpolitik bewährt. Dafür muss die Nato das Fundament einer europäischen Sicherheitsarchitektur legen und ihren Sicherheitsperimeter nach Osten ausweiten. Denn was in Europa zerbricht, ist nicht nur die Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, sondern auch diejenige der Pariser Vorortsverträge nach dem Ersten Weltkrieg und sogar des Wiener Kongresses nach den Napoleonischen Kriegen. Das vielfach geteilte Polen weiss, was das heisst. Gelingt es der atlantischen Allianz als ruhender Pol nicht, Stabilität an den Bug, an den Don und ins Baltikum zu exportieren, verwirkt sie ihre Daseinsberechtigung.